

Beschluss Selbstbestimmt Leben im Alter – selbstbestimmt Leben im Quartier

Gremium: Landesparteirat
Beschlussdatum: 15.02.2020
Tagesordnungspunkt: 2. Selbstbestimmt leben im Alter

Antragstext

Selbstbestimmt Leben im Alter – selbstbestimmt Leben im Quartier

Wir leben – zum Glück! – immer länger. Jeder fünfte Mensch in NRW ist über 65 Jahre alt – Tendenz steigend. Wir GRÜNE setzen uns für konkrete Maßnahmen ein, damit jeder Mensch selbstbestimmt, bei bestmöglicher Gesundheit und in Würde alt werden kann und aktiv an der Gesellschaft teilhat.

Älter zu werden bedeutet heute etwas anderes als früher. Viele Menschen sind am Ende ihrer Berufstätigkeit eigenständig und aktiv, doch mit dem Ende der Erwerbsarbeit besteht das Risiko, in ein Loch zu fallen, soziale Kontakte zu verlieren und keinen geregelten Tagesablauf mehr zu haben. Die Folge: Angst vor Einsamkeit. Dabei kann diese Zeit eine neue Lebensphase sein, die sie ihren Interessen, Freund*innen, der Familie und dem Engagement für die Gesellschaft widmen wollen. Dieses Engagement wollen wir GRÜNE besser unterstützen, denn es bereichert unsere Gesellschaft, die vom Erfahrungsschatz, der Lebensleistung und der Zeit älterer Menschen enorm profitieren kann.

Immer mehr Menschen sorgen sich allerdings, im Alter ihren Lebensstandard nicht mehr halten zu können oder gar eine Rente zu beziehen, die die nicht zum Leben reicht. So sind immer mehr Rentner innen von Altersarmut betroffen. Eine prekäre soziale Absicherung erschwert gesellschaftliche Teilhabe. Wir GRÜNE kämpfen deshalb entschieden für gerechte Löhne, die im Alter vor Armut schützen, bezahlbares Wohn- und Lebensorte ermöglichen und für eine auskömmliche soziale und finanzielle Sicherung im Alter sorgen. Dafür brauchen wir neben einer gestärkten Rente eine gute und zugängliche soziale Sicherung, die Menschen auch im Alter ein sicheres soziales Netz bietet, wenn die Rente nicht reicht. Wir setzen uns deshalb für eine Alterssicherung ein, die für alle funktioniert und in der alle füreinander eintreten. Und wir sehen die besonderen Bedarfe von Menschen, die Benachteiligungen aus sozialen oder kulturellen Gründen oder aufgrund ihrer Einschränkung oder Behinderung erfahren.

Im Alter wird vieles schwieriger und der Unterstützungsbedarf wächst: Körperliche Beeinträchtigung und Pflegebedürftigkeit schränken die persönliche Mobilität ein. Dadurch können ältere Menschen ihren Alltag nicht mehr alleine bestreiten und sind auf fremde Hilfe angewiesen, insbesondere wenn es keine Partner*in, keine Kinder gibt, Angehörige weit weg wohnen oder beruflich stark eingebunden sind. Die Sicherung einer menschenwürdigen Pflege ist eine zentrale gesellschaftliche Aufgabe, die mit dem demografischen und sozialen Wandel weiter an Bedeutung gewinnen und Deutschland die nächsten Jahrzehnte mit prägen wird. Die Anzahl der pflegebedürftigen Menschen nimmt zu, das Krankheitsspektrum und

39 der Unterstützungsbedarf werden umfangreicher und differenzierter. Zugleich
40 zeichnet sich in der Pflegebranche ein großer Mangel an Fachkräften ab.

41 Noch immer wird der Großteil der Pflege und Unterstützungsleistungen von
42 Angehörigen aus dem familiären Umfeld erbracht. Soziale Veränderungen, Wandel im
43 Zusammenleben und bei den Rollenbildern führen dazu, dass traditionelle
44 Familienstrukturen sich grundlegend wandeln. So ist ein beträchtlicher Teil der
45 pflegenden Angehörigen berufstätig und daher doppelt belastet oder selbst schon
46 im höheren Lebensalter und deshalb wenig belastbar. Deshalb müssen wir heute für
47 die Rahmenbedingungen sorgen, die dieser Entwicklung wie auch dem Anspruch einer
48 würdevollen Pflege gerecht wird und schließlich die pflegebedürftigen Menschen
49 und deren Angehörige stärkt.

50 In einer vielfältigen Migrationsgesellschaft heißt Älterwerden auch, dass die
51 Ansprüche an die soziale, Gesundheits- und Pflegeinfrastruktur diverser werden.
52 Insbesondere mit dem Eintritt in den Ruhestand der ersten, teilweise auch schon
53 der zweiten Generation der Familien der sogenannten Gastarbeiter*innen ist der
54 Anteil von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in der Pflege deutlich gewachsen
55 und wird weiter ansteigen. Auch muss sich unsere Gesellschaft auf die besonderen
56 Erfahrungen und Bedürfnisse von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans- und
57 intergeschlechtlichen alten und höchstalttrigen Personen (LSBTTI*) einstellen,
58 die in ihrer Biografie oftmals Erfahrungen von Verfolgung, Diskriminierung und
59 Ausgrenzung gemacht haben. Hier geht es darum, die spezifische(n) Kulturen zu
60 verstehen, um Retraumatisierungen zu vermeiden. Dies verlangt eine
61 kultursensible Pflege, die zwingender Bestandteil zum einen der Alten- und
62 Krankenpflegeausbildung, der Pflegeinfrastruktur im Lebensumfeld sein muss,
63 setzt aber die Förderung LSBTTI*-sensibler offener Altenarbeit voraus.

64 Wir GRÜNE wollen, dass Menschen genau die Unterstützung finden, die sie
65 brauchen, um im Alter selbstbestimmt leben zu können. Wo ginge das besser als im
66 direkten Lebensumfeld? Wir wollen altersgerechte Wohn- und Lebensorte stärken.
67 Wir wollen, dass unsere Stadtteile und Dörfer mehr sind als eine Ansammlung
68 einzelner Häuser, Straßen und Geschäfte. Der Vereinzelung setzen wir die Vision
69 eines Quartiers für alle Generationen entgegen: Der Stadtteil oder das Dorf als
70 Lebensmittelpunkt für Viele, in dem Gemeinsamkeit möglich wird. Hier sollte
71 alles fußläufig und barrierefrei bereitstehen, was Menschen in unterschiedlichen
72 Lebensphasen und mit unterschiedlichen Einkommen brauchen: Von bezahlbarem
73 Wohnangebot, Gesundheitsversorgung und Pflegeleistungen über
74 Einkaufsmöglichkeiten hin zu öffentlichen Treffpunkten, Kultureinrichtungen und
75 Spielplätzen. Schließlich gehört hierzu auch der ökologische Umbau der
76 Quartiere, Stadtteile und Dörfer.

77 Der Weg zu dieser Vision führt über unsere Städte, Gemeinden und Kreise. Sie
78 müssen die Stadtentwicklung und die Pflegebedarfsplanung wieder stärker in die
79 Hand nehmen und ihre Kommunen zu Zukunftsdörfern und -quartieren umbauen. Für
80 eine solche integrierte, den demografischen Wandel und die nötigen Maßnahmen zur
81 Klimafolgenanpassung berücksichtigende Stadtentwicklung brauchen unsere Kommunen
82 die Unterstützung des Landes.

83 Alt und motiviert – Engagement im Alter besser unterstützen

84 Im Alter können Menschen viel geben: Die Gesellschaft kann vom Erfahrungsschatz
85 und der Zeit älterer Menschen enorm profitieren. Viele ältere Menschen
86 engagieren sich in Vereinen und Kirchen, ehrenamtlich in der Politik, in

87 Seniorenbeiräten und Nachbarschaftsinitiativen. Und es sind vor allem Menschen
88 im Alter, die sich bei Einschränkungen, Behinderungen und Krankheiten
89 gegenseitig unterstützen. Damit sorgen sie für Zusammenhalt und nicht zuletzt
90 auch handfeste Einsparungen in der Pflege.

91 Dieses Engagement verdient Anerkennung und Unterstützung durch die Politik. Wir
92 wollen die Netzwerkarbeit im Quartier und besonders von älteren Menschen
93 unterstützen und mehr Beteiligungsmöglichkeiten schaffen. Die Schwarz-Gelbe
94 Landesregierung macht genau das Gegenteil: So streicht sie etwa ab diesem Jahr
95 Gelder bei der Initiative „Zwischen Arbeit und Ruhestand“ (ZWAR). In dieser
96 Initiative organisieren sich ältere Menschen selbst, engagieren sich für die
97 Gemeinschaft und unterstützen sich gegenseitig. Mit den Kürzungen der
98 Landesmittel steht die landesweite Koordinierung dieser Initiativen vor dem Aus.
99 Wir GRÜNE unterstützen die Initiative weiter im Kampf gegen diese Kürzungen,
100 weil wir wissen, dass die erfolgreiche Selbstorganisation von Menschen im Alter
101 einen professionellen Beratungs- und Unterstützungsrahmen braucht. Auch die
102 Arbeit der kommunalen Konferenzen für Alter und Pflege wie auch die der
103 kommunalen Gesundheitskonferenzen sollen auch durch eine stärkere Teilhabe von
104 Selbsthilfegruppen und Betroffenenorganisationen gestärkt und ausgeweitet
105 werden. Hierbei müssen auch gesonderte Bedürfnisse von Frauen, von Menschen mit
106 Migrationsgeschichte, von Menschen mit Behinderung und Beeinträchtigung und von
107 LSBTTI* im Alter berücksichtigt werden.

108 Teilhabe stärken - gegen Vereinsamung und Ausgrenzung

109 Vereinsamung und oftmals auch Armut bestimmen die Lebenssituation von vielen
110 älteren Menschen. Deshalb sind Kommunen und soziale Netze vor Ort gefragt,
111 Angebote zu schaffen, die ältere Menschen in ihrer Selbständigkeit unterstützen
112 und die Teilhabe fördern. Hierzu gehören Angebote gegen Vereinsamung wie
113 Treffpunkte und Beteiligungsmöglichkeiten, digitale Vernetzungsstrukturen (z.B.
114 Senioren-Chatgruppen), Teilhabevergünstigungen bis hin zu aufsuchenden sozialen
115 und kulturellen Angeboten im Wohnquartier.

116 Teilhabe an Aktivitäten sollte durch Sozialtickets und Vergünstigungen bei
117 Kultur- und Freizeitangeboten ermöglicht und gefördert werden. Im Landtag haben
118 wir GRÜNEN uns erfolgreich für den Ausbau und die Sicherung der
119 Landesfinanzierung für die Sozialtickets vor Ort eingesetzt. Dazu gehören auch
120 aufsuchende Sport- und Kulturangebote im eigenen Lebensumfeld für Menschen mit
121 eingeschränkter Mobilität.

122 Teilhabe und Mitwirkung sind ein soziales Bedürfnis, auch älterer und auf Hilfe
123 angewiesener Menschen. Dafür brauchen wir unterstützende Nachbarschaften,
124 sorgende Gemeinschaften, eine Kultur des „Sich-Kümmerns“. Hier spielen
125 ehrenamtliche Netzwerke auch als niederschwellige Unterstützungsmöglichkeiten
126 eine wichtige Rolle, ebenso wie die Arbeit von Vereinen, Initiativen oder
127 Projekten vor Ort. Dies unterstützen wir.

128

129 Personalmangel in der ambulanten Pflege gefährdet gute Versorgung
130 Alte Menschen sind nicht automatisch pflegebedürftig. Wenn jedoch Hilfe und
131 Unterstützung notwendig werden, kann durch Nachbarschaftshilfe und Ehrenamt bis
132 zu einem gewissen Grad der Bedürftigkeit gute Hilfe geleistet werden. Bei
133 aufkommender Pflegebedürftigkeit wird jedoch irgendwann ein Pflegedienst
134 unerlässlich, um einen Umzug ins Pflegeheim zu verhindern.

135 Wir erleben das aktuelle Versagen der Bundesregierung, die ambulante Pflege
136 entschieden aufzuwerten. Viele Maßnahmen sind nicht zuende gedacht und zielen
137 auf stationäre Versorgungsformen ab, während der ambulante Sektor vernachlässigt
138 wird. Pflegedienste sind gezwungen, Anfragen von Hilfesuchenden abzulehnen oder
139 gar bestehende Versorgungsverträge aufzukündigen. Der Fachkräftemangel in der
140 ambulanten Pflege wird bisher nicht entschieden genug angegangen. Er gefährdet
141 das selbstbestimmte Leben der alten Menschen vor Ort.

142 Prävention und Pflege stärken

143 Immer mehr Menschen in NRW benötigen Pflege. Aktuell sind es rund 800.000
144 Menschen, die Leistungen der Pflegeversicherung erhalten. Etwa 350.000 Personen
145 mit Demenzerkrankung benötigen Hilfe und alltägliche Begleitung. Die zentralen
146 Elemente sind Prävention und Erhalt der Gesundheit, qualitativ hochwertige und
147 bedarfsgerechte medizinische Versorgung und vernetzte Versorgungsstrukturen. Wir
148 Grüne fordern einen Paradigmenwechsel hin zur Prävention. Um die Gesundheit der
149 Bevölkerung und gesundheitliche Chancengleichheit zu verbessern, sollen bei
150 allen Entscheidungen im Quartier die Auswirkungen auf die Gesundheit geprüft und
151 schädliche Auswirkungen vermieden werden. Prävention im Alter ist bislang wenig
152 ausgeprägt und zu wenig an der Lebensrealität der Menschen orientiert.
153 Prävention muss den Erhalt der Lebensqualität zum Ziel haben und auch eine
154 entsprechenden Wohnumfeldgestaltung unterstützen. Mobile Reha-Leistungen wie
155 Krankengymnastik und Ergotherapie können im häuslichen Umfeld Selbstbestimmung
156 und Mobilität stärken. Notwendig ist dabei eine kostendeckende Finanzierung der
157 ambulanten Reha. Präventionsberatung muss darüber hinaus auch strukturelle
158 Defizite benennen und Verbesserungsmöglichkeiten aufzeigen, um damit die
159 Kommunen bei der altersgerechten und inklusiven Gestaltung des Wohnumfeldes und
160 der Quartiere unterstützen zu können.

161
162 Der Bedarf nach einer auskömmlichen und qualitativ hochwertigen
163 Pflegeinfrastruktur ist in den letzten Jahren allerdings deutlich gestiegen und
164 wird auch in den kommenden Jahren weiter steigen. Dieser wachsenden
165 gesellschaftlichen Bedeutung der Pflege steht weiterhin ein massiver
166 Pflegenotstand gegenüber, der auf gesundheitsgefährdende Arbeitsbelastung bei
167 gleichzeitig fehlender Wertschätzung, unzureichender Entlohnung und einem
168 Minimum an verlässlicher Freizeit zurückgeht. Gleichzeitig bleibt viel zu wenig
169 Zeit für die Pflege und Beziehungsarbeit zu den Patient*innen. Dieser Notstand
170 ist einem reichen Land schlicht unwürdig. Wir haben uns in der rot-grünen
171 Landesregierung erfolgreich dafür eingesetzt, die Zahl der Auszubildenden in der
172 Pflege massiv zu steigern. Dank Einführung der Ausbildungsumlage wurden seit
173 2012 in keinem anderen Bundesland so viele neue Ausbildungsplätze geschaffen.
174 Doch dieser Weg muss konsequent fortgesetzt und weiterentwickelt werden. Um
175 nachhaltig Fachkräfte für die immer komplexer werdenden Pflegebedarfe zu
176 gewinnen, muss die Weiterentwicklung des "Qualifikationsmixes" von der
177 Helferausbildung bis zum Hochschulabschluss in der direkten Versorgung gefördert
178 werden. Das gilt für alle Zielgruppen (Altenpflege, Heilerziehungspflege,
179 Kinderkrankenpflege,...) und für alle Versorgungssektoren: ambulante Pflege,
180 akutstationäre Pflege, Rehabilitationspflege und stationäre Langzeitpflege. Wir
181 wollen zudem weiter dafür sorgen, die Arbeitsbedingungen in der Pflege zu
182 verbessern und dafür beispielsweise die Chancen der Digitalisierung zu nutzen.
183 Darüber hinaus wollen wir die Unterstützung pflegender Angehöriger verbessern.

184 Pflegebedarf darf nicht zum Armutsrisiko werden

185 Die Pflegeversicherung wird heute ihrem Ziel nicht mehr gerecht, im Pflegefall
186 vor Armut zu schützen. Immer mehr pflegebedürftige Menschen sind bereits auf
187 Sozialhilfe angewiesen. Diese Situation wird sich ohne Gegenmaßnahmen weiter
188 verschärfen. Denn nach heutiger Systematik der Pflegeversicherung gibt es je
189 nach Pflegegrad einen festen Zuschuss zu den Pflegekosten. Die dringend nötigen
190 Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen und der Entlohnung der professionellen
191 Pflegenden erhöhen automatisch die Eigenanteile der Pflegebedürftigen. Diese
192 liegen in NRW im bundesweiten Vergleich bereits im Spitzenfeld. Wir Grünen
193 fordern deshalb mit der doppelten Pflegegarantie eine Reform der
194 Pflegeversicherung, die dafür sorgt, dass alle pflegebedürftigen Menschen die
195 Pflege erhalten, die sie benötigen, und die Kosten dafür für sie begrenzt sind.

196 Wir wollen erstens, dass Pflegebedürftige nur einen festen Betrag deutlich unter
197 dem heutigen Eigenanteil für die Pflege zahlen müssen und die Kosten für die
198 Pflegebedürftigen überschaubar gedeckelt werden.

199 Wir garantieren zum zweiten: Die Pflegeversicherung übernimmt in Zukunft alle
200 darüber hinaus gehenden pflegerischen Kosten für eine bedarfsgerechte
201 Versorgung. Damit wollen wir erreichen, dass in Zukunft alle Pflegebedürftigen
202 die für sie notwendigen, am konkreten Bedarf orientierten Pflegeleistungen
203 erhalten – wir wollen damit die Unterversorgung, die insbesondere bei der
204 häuslichen Pflege vorkommen kann, beseitigen.

205 Ergänzend wollen wir die Pflege- und die Krankenversicherung zu einer
206 Bürgerversicherung weiterentwickeln. Wir wollen, dass sich alle an der
207 solidarischen Finanzierung der Gesundheits- und Pflegekosten beteiligen und
208 vielen, die heute nicht Mitglied der gesetzlichen Sozialversicherung werden
209 können, diese Möglichkeit zu fairen Bedingungen eröffnen.

210 Selbstbestimmt Leben im Quartier

211 Wir GRÜNE wollen die Selbstbestimmung von Pflegebedürftigen fördern. Die meisten
212 Menschen wollen zu Hause oder zumindest in ihrem angestammten Umfeld wohnen
213 bleiben und ambulante Pflege in Anspruch nehmen. Deshalb wollen wir in der
214 Pflegepolitik weg von Großeinrichtungen hin zu Wohn- und Pflegeformen im
215 Lebensumfeld der Menschen. Dafür müssen die Kommunen und Kreise die
216 Pflegebedarfsplanung selbst in die Hand nehmen. Sie dürfen die Entwicklung der
217 (Pflege)Infrastruktur nicht dem freien Markt überlassen. Gleiches gilt für eine
218 altersgerechte Wohnungspolitik und innovative Wohnformen, die bezahlbares Wohnen
219 mit Pflegeangeboten kombinieren. Kommunen und Kreise müssen aktiv eine
220 generationengerechte, integrierte Quartiersentwicklung im Zusammenspiel mit
221 örtlichen Wohnungsanbieter, (Infrastruktur-)Trägern und Zivilgesellschaft
222 planen, in denen Pflege und Unterstützung, Gesundheitsversorgung, Einkaufen und
223 Dienstleistungen des täglichen Bedarfs für alle Generationen zugänglich sind.
224 Zur Unterstützung wollen wir wieder ein Landesförderprogramm für die soziale
225 Quartiersentwicklung in den Kommunen und Kreisen auflegen. CDU und FDP hatten
226 diese Förderung abgeschafft. Wir wollen die Zusammensetzung der Wohnbevölkerung
227 in den Quartieren langfristig schützen. Die Kommunen müssen dafür die
228 Möglichkeiten des Vorkaufsrechts in Milieuschutzgebieten nutzen. Zudem sollen
229 Auflagen für Investoren bezüglich sozialverträglicher Sanierungen und des
230 Erhalts von Mietwohnungen definiert werden.“

231 Wer Unterstützung im Alltag braucht oder Pflege benötigt, braucht kurze Wege und
232 eine abgestimmte Gesundheitsförderung und -versorgung „aus einem Guss“. Hierfür

233 gibt es bereits Vorbilder wie das Zukunftsdorf Legden, in dem alle Präventions-
234 und Gesundheitsdienstleistungen barrierefrei im Ortskern zu erreichen sind. Wir
235 GRÜNE wollen, dass überall in NRW Arztpraxen, Krankenhäuser, Pflegedienste und -
236 einrichtungen im Quartier besser zusammenarbeiten und gebündelt werden. Über
237 Angebote zur Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflege sowie Einrichtungen wie
238 Quartierstützpunkte oder Nachbarschaftszentren, sichern wir eine Pflege und
239 Unterstützung rund um die Uhr. Wir setzen auf Alternativen zum klassischen Heim
240 wie Wohn- und Hausgemeinschaften mit umfassender Pflege, Mehrgenerationenwohnen
241 und „Wohnen mit Versorgungssicherheit“ in der eigenen Wohnung („Bielefelder
242 Modell“) oder Modelle wie „Wohnen für Hilfe“. Wichtig ist ein Pflege- und
243 Hilfemix aus professioneller Pflege und Unterstützung, sozialen Netzwerken und
244 Nachbarschaften im Quartier.

245 Darüber hinaus haben auch die klassischen stationären Pflegeheime immer noch
246 eine große Bedeutung für die Sicherung eines umfassenden Pflegeangebots vor Ort.
247 Viele Einrichtungen müssen sich aber zeitgemäß modernisieren, um
248 selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen: durchgängig Einzelzimmer, Öffnung zum
249 Quartier als Begegnungszentrum für die Bewohner*innen, Vereine und Initiativen
250 im Stadtteil, bis hin zur Umwandlung zu Wohnanlagen für alle Generationen. Wir
251 GRÜNEN wollen die Träger bei diesen Umgestaltungsprozess der bestehenden
252 Einrichtungen unterstützen und für eine Neuorientierung ambulante Wohn- und
253 Pflegeformen gewinnen.

254 Selbstbestimmtes Wohnen im Quartier muss auch für Menschen in besonderen
255 Lebenslagen ermöglicht werden. So können für ehemals wohnungslose Menschen mit
256 Pflegebedarf oder einer psychischen Erkrankung neuen Angebote zum
257 selbstbestimmten Wohnen aufgebaut werden, wie es bei dem Projekt 60+ York-Höfe
258 in Münster gelungen ist. Diese Angebote wollen wir in den kommenden Jahren in
259 NRW weiter ausbauen. Die Lebenserwartung älterer Menschen mit lebenslanger
260 Behinderung insbesondere in der Altersgruppe 60 plus wird sich in den nächsten
261 20 Jahren erheblich erhöhen. Die Angebote für ältere Menschen mit
262 Beeinträchtigungen, insbesondere ambulante Wohnformen müssen gestärkt und
263 Probleme aufgrund von unterschiedlichen Zuständigkeiten für Eingliederungshilfe
264 und Altenhilfe überwunden werden. Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass der
265 flächendeckende Ausbau eines bedarfsgerechten Angebotes insbesondere an ambulant
266 unterstützende Wohnformen und Tagesangebote in NRW konsequent umgesetzt wird.

267 Verbindliche Pflegebedarfsplanung in den Kommunen und Kreisen umsetzen

268 Viele Kommunen verfolgen bereits das Ziel, die Quartiere so auszugestalten, dass
269 die notwendige Unterstützung gewährleistet ist, die der einzelne Mensch
270 benötigt, um so lange wie möglich in der eigenen Häuslichkeit ein
271 selbstbestimmtes Leben zu führen. Dies entspricht auch dem Wunsch des Großteils
272 der Pflegebedürftigen. Allerdings ist der finanzielle Rahmen für den
273 Landesförderplan Alter und Pflege von der CDU/FDP Landesregierung in den letzten
274 Jahren erheblich gekürzt worden. Förderprojekte, die die ehrenamtliche wie auch
275 professionelle Quartiersarbeit unterstützen, wurden nach und nach gestrichen.
276 Eine dringend notwendige Integration von Stadtteil-, Wohn- und Pflegeentwicklung
277 fehlt.

278 Die schwarz-gelbe Landesregierung will die Entwicklung der Pflegeinfrastruktur
279 wieder dem freien Markt und den Interessen der Investoren überlassen. So hat sie
280 den Vorrang ambulanter Wohn- und Pflegeformen gestrichen. Sie will, dass wieder

281 neue Großeinrichtungen geplant werden, obwohl bereits viele Kommunen den
282 innovativen und menschenorientierten Weg hin zu Quartierskonzepten verfolgen.

283 Viele Kommunen und Kreise haben in NRW bereits die verbindliche
284 Pflegebedarfsplanung eingeführt. Hier bleibt unsere Erwartung, dass diese
285 weiterhin auf den vorrangigen Ausbau von ambulanten Wohn- und Pflegeformen
286 setzen, so wie es auch im SGB XI vorgesehen ist. Zugleich setzen wir uns dafür
287 ein, dass möglichst alle Kommunen und Kreise die Möglichkeit der verbindlichen
288 Pflegebedarfsplanung ergreifen.

289 Quartiere für die Bedarfe aller Generationen gestalten

290 Wohnquartiere sind nicht nur für Menschen im Alter wichtig, sie müssen auf alle
291 Generationen und auf das gedeihliche Zusammenleben zwischen den Generationen
292 ausgerichtet sein: Singles wie Familien finden hier Unterstützungs- und
293 Beratungsangebote. Das Quartier ist so gestaltet, dass Kinder überall spielen
294 können, sicher und frei. Jugendliche finden hier Frei- und Gestaltungsräume. Im
295 Zentrum des Quartiers stehe Orte der Kommunikation, wie z. B. Stadtteilzentren,
296 Quartiersstützpunkte, Nachbarschaftstreffs und einladende öffentliche Plätze.
297 Sie ermöglichen Kontakt und Kommunikation, lassen die Gemeinschaft positiv
298 erleben und stärken die Identifikation mit dem und das Miteinander im Quartier.

299 Bauen und Wohnen – gemeinnützig und barrierefrei!

300 Wer lebenswerte Quartiere möchte, muss die Stadtentwicklung aktiv in die Hand
301 nehmen. Wenn wir sie dem freien Markt überlassen, entstehen bloß einzelne Wohn-
302 und Geschäftseinheiten, und keine zusammenhängenden Stadtquartiere, die als
303 Ganzes funktionieren.

304 Wir GRÜNE treten ein für eine gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik, zu der eine
305 behutsame Bestandsentwicklungspolitik gehört. Ein größerer Anteil von Grund und
306 Boden in unseren Städten und Gemeinden muss wieder in öffentlicher Hand sein,
307 damit Städte und Gemeinden die Stadtentwicklung überhaupt gestalten und steuern
308 können. Mit einem Vorkaufsrecht für Kommunen stellen wir das sicher. Bauflächen
309 sollen von der öffentlichen Hand nicht mehr verkauft, sondern langfristig
310 verpachtet werden (Erbbaurecht). Den Zuschlag soll nicht der Meistbietende
311 erhalten, sondern über eine Konzeptvergabe nach Qualitätskriterien erfolgen.
312 Hiermit können soziale, ökologische, gemeinschaftliche und inklusive
313 Wohnprojekte und genossenschaftliche Wohnformen gestärkt werden. Wir brauchen
314 feste Quoten für sozial geförderten, qualitätvollen und langfristig sozial
315 gebundenen Wohnraum. Gleichzeitig brauchen wir eine Stärkung der kommunalen
316 Wohnungsunternehmen, die nicht zuletzt auch eine wichtige Rolle dabei spielen,
317 für Menschen in besonderen Lebenslagen Wohnraum zu ermöglichen. Selbstbestimmt
318 Wohnen im Alter - alleine oder in Wohn- oder Hausgemeinschaften darf nicht vom
319 Geldbeutel abhängen sondern muss für alle ermöglicht werden. Auch deshalb muss
320 der sog. Kostenvorbehalt bei Leistungen der Eingliederungshilfe wie auch bei der
321 „Hilfe zur Pflege“ (§ 13 SGB XII) bei ambulanten Wohnformen gegenüber einer
322 stationären aufgehoben werden.

323 In NRW gibt es kein ausreichendes Angebot an barrierefreien und bezahlbaren
324 Wohnraum. Die schwarz-gelbe Landesregierung hat klare Vorgaben hierfür
325 gestrichen. Viele Menschen, die selbstständig leben wollen, sind bislang
326 gezwungen in Sondereinrichtungen oder völlig ungeeigneten Wohnungen zu leben. Es
327 fehlen etwa 600.000 geeignete barrierefreie Wohnungen. Von diesem

328 Wohnungsnotstand sind auch die Menschen betroffen, die noch in Heimen wohnen,
329 aber lieber selbstständig im Betreuten Wohnen oder „selbständigen Wohnen mit
330 Assistenz“ leben wollen. Die Schaffung eines bedarfsgerechten und bezahlbaren
331 Angebotes an barrierefreiem und rollstuhlgerechtem Wohnraum muss daher eine
332 zentrale Aufgabe sein.

333 Im Alter mobil

334 Gerade im ländlichen Raum und am Stadtrand sind Menschen mit Einschränkungen
335 häufig auf ein Auto angewiesen – wer dies nicht mehr nutzen kann oder möchte,
336 ist stark eingeschränkt. Doch auch in der Stadt können Barrieren schnell dazu
337 führen, dass ältere Menschen immer seltener das Haus verlassen. Das erschwert
338 ihnen zum einen den Zugang zu Präventions- und Gesundheitsleistungen und zur
339 Versorgung mit Gütern des alltäglichen Bedarfs. Zum anderen aber verhindert es
340 kulturelle und gesellschaftliche Teilhabe und die selbstbestimmte Gestaltung der
341 Freizeit. Unser Ziel ist, Mobilitätshemmnisse konsequent abzubauen. Wir setzen
342 uns deshalb dafür ein, den altersgerechten und barrierefreien Ausbau des ÖPNV
343 voranzutreiben. Zudem wollen wir Kommunen ermuntern und dabei unterstützen,
344 weitere alternative Verkehrsangebote wie Mitfahrer*innenbänke und
345 Bürger*innenbusse zu prüfen und zu entwickeln und internetbasierte,
346 generationengerechte Informationsportale zu fördern, die alle etablierten
347 Mobilitäts- und Serviceangebote vor Ort beinhalten. Für den Freizeitbereich
348 wollen wir Initiativen wie „Radeln ohne Alter“ unterstützen, bei der mit E-
349 Rikschas Menschen aus stationären Pflegeeinrichtungen von Ehrenamtlichen
350 abgeholt und gefahren werden. Schließlich bedarf es auch einer
351 Wohnumfeldgestaltung die Menschen, die in ihrer Mobilität beeinträchtigt sind,
352 unterstützt.

353
354 Möglichkeiten neuer Technologien für ein selbstbestimmtes Leben nutzen

355
356 Digitale Anwendungen sowie die Implementierung und Verbreitung
357 alltagsunterstützender Techniken und die Generierung neuer Technologien kann die
358 Selbstständigkeit und Sicherheit von pflegebedürftigen Menschen gewährleisten
359 und mehr Selbstbestimmung eröffnen. Gerade wohnort- und quartiersnahe
360 Versorgungssettings ermöglichen pflegebedürftigen Menschen ein Verbleiben in
361 ihrer gewohnten Häuslichkeit und sichern soziale Bezüge. Ein besonderes
362 Augenmerk verdient auch die Unterstützung von pflegenden Angehörigen.
363 Digitalisierung darf allerdings nicht zum Selbstzweck werden, sie sollte nur
364 dort eingesetzt werden, wo sie tatsächlich die Versorgung und die Unterstützung
365 der Menschen zu selbstbestimmten Leben verbessert und die Arbeit erleichtert.
366 Der mögliche Gebrauch von fortgeschrittener Technologie wie Pflegerobotern,
367 hängt letztendlich ab von Qualität und Kosten der Technologie, von deren
368 sozialen und politischen Akzeptanz sowie die Möglichkeiten diese Innovationen
369 auch einzusetzen. Um diese neue Form von Dienstleistung angemessen beurteilen zu
370 können, sollten auch neue Standards definiert werden.